Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 68 (1977)

Heft: 9

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

hen, woran die Kernenergie mit nahezu einem Drittel beteiligt sein wird. Besonderer Wert soll nach wie vor auf den Ausbau von Pumpspeicherwerken gelegt werden, deren Gesamtleistung derzeit 28,4 % aller Wasserkraftwerke ausmacht. Darüber hinaus soll versucht werden, umweltfreundliche Energieformen in vermehrtem Masse zum Einsatz zu bringen, wie die geothermische Energie, die im Jahre 1985 mit 2100 MW beteiligt sein wird und im Jahre 2000 mit der erstaunlichen Leistung von 48 000 MW, wobei vor allem auch an die Nutzung vulkanischer Wärme gedacht ist. Ebenso wird einer weiteren Entwicklung neuer Technologien zur Ausnutzung von Sonnenenergie besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Auf der Verteilerseite wird berichtet, dass das bestehende 500-kV-Netz auch im Berichtsjahr weiter ausgebaut wurde, um einerseits dem zunehmenden interregionalen Verbundbetrieb gerecht zu werden und andererseits den wachsenden Bedarf der Ballungsräume Tokio, Osaka und Nagoya voll abzudecken. Im gleichen Sinne wird die neue 50/60-Hz-HGÜ-Brücke in Shinano mit 300 MW nach ihrer Fertigstellung im Dezember dieses Jahres wirken wie auch die bereits im Bau befindliche 150-MW-HGÜ-Brücke zur Nordinsel Hokkaido, die zwei Jahre später in Betrieb gehen wird. Zur Intensivierung eines Verbundbetriebes der ferneren Zukunft ist schon heute daran gedacht, dem 500-kV-Netz ein UHV-System im 1000-kV-Niveau zu überlagern, für das erste Studien vorliegen. Dabei sollen im Bereiche von Ballungsräumen vorzugsweise gekapselte SF_6-Anlagen eingesetzt werden. Im übrigen richtet sich die japanische Elektrizitätsversorgung auf eine noch intensivere Zusammenarbeit ein, von der sie sich sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene nützliche Anregungen verspricht, die sicherlich mithelfen werden, die Probleme der Zukunft besser und erfolgreicher zu meistern.

Prof. H. Prinz, TU München

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

«Ich spare gewaltig Strom, benutze nur eine einzige Steckdose.»

Zeitung für kommunale Wirtschaft», München, 11. März 1977

«Unnötig und gefährlich»

sda. Der Schaffhauser Regierungsrat erachtet die im Juni 1976 mit 1744 Unterschriften eingereichte Volksinitiative für ein Gesetz «Zum Schutz vor Atomkraftwerken» als «unnötig und gefährlich». In einer Botschaft beantragt die Regierung dem Grossen Rat, auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zu verzichten und dem Volk die Initiative mit dem Antrag auf Verwerfung zur Abstimmung zu unterbreiten.

In bezug auf die Rechtmässigkeit der Initiative ist die Schaffhauser Regierung nach eingehenden Abklärungen zum Schluss gekommen, dass das Volksbegehren «nicht mit Sicherheit als rechtswidrig bezeichnet werden kann». Der Regierungsrat lehnt ein «egoistisches Verhalten» des Kantons ab und unterstreicht, das Volksbegehren sei mit den Interessen des Kantons unvereinbar. Weder heute noch in überschaubarer Zukunft sei ein Kernkraftwerk im Kanton Schaffhausen oder in dessen Umgebung geplant.

«Der Bund», Bern, 28. März 1977

Kein Rezept gegen Stromknappheit!

K. V. Bern – Energieknappheit ist nicht zu verhindern: Einen absoluten Pannenschutz gibt es nicht. Zu diesem Schluss gelangte eine gestern von der eidgenössischen Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption (GEK) veröffentlichte Studie.

Es geht dabei um Geld: Denn sowohl eine mögliche Stromverknappung wie auch deren Verhinderung kosten Geld, aber aus verschiedenen Taschen:

Eine Stromknappheit verursacht vor allem Kosten beim Konsumenten: Die Preise steigen. Während der einzelne Konsument sparen kann, wird es bei Firmen schon schwieriger. Die Folge andauernder Knappheit ist deshalb ein Abbau des Bruttosozialproduktes (BSP). Das Land wird ärmer! Gefährlich wird es ab etwa 10 % Strom-Manko.

Das Beispiel England im Jahre 1974 zeigt klar: Die wegen Energieknappheit eingeführte 3-Tage-Woche half zwar, 350 Millionen Franken Stromkosten zu sparen, brachte aber einen BSP-Ausfall von 13 Milliarden Franken!

Kosten bringt aber auch ein zuviel an Energie, und zwar für den Produzenten, zum Beispiel Lagerhaltung von Energieträgern. Und ein stillstehendes Atomkraftwerk kostet jährlich 250 Millionen! Schlussfolgerung: Die Produzenten werden sich hüten, zuviel Energie zu liefern: Das Zuviel bezahlen sie – das Zuwenig die Abnehmer.

«Blick», Zürich, 29. März 1977

Sommerzeit-Wirrwarr in ganz Europa

In wenigen Tagen ist es wieder soweit mit dem Sommerzeit-Wirrwarr in Europa. Da man sich selbst in der Europäischen Gemeinschaft (EG) nicht auf eine gemeinsame Regelung einigen konnte, werden Millionen Menschen – und nicht zuletzt wir Schweizer – dadurch bei Auslandreisen Ungemach erleiden müssen.

Dabei beginnt die Umstellung in den einzelnen Staaten mit einer Harmonisierung, die allerdings nur kurzfristig ist. In der Nacht zum 20. März überschlagen die Briten und Iren eine Stunde. Bis zum 23. Oktober kommen sie also auf jene Zeitfeststellung GMT (Greenwich Meantime) + 1, wie sie – ein Blick in Flugpläne bestätigt es – normalerweise in fast allen kontinentaleuropäischen Ländern gilt.

Aber die Freude über die scheinbare Anpassung der Engländer an den Gang der Uhren in Kontinentaleuropa dauert nur bis zur Nacht zum 3. April. Dann gehen Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande zur Sommerzeit über. Sie kommen dann auf GMT + 2 und somit auf eine Stunde Zeitvorsprung nicht nur gegenüber Grossbritannien und Irland, sondern auch gegenüber der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland. Für Frankreich und die Benelux-Staaten gilt die Sommerzeit-Regelung bis zum 25. September.

Italien führt schliesslich im Alleingang die Sommerzeit in der Nacht zum 25. Mai ein und beendet sie ebenfalls am 25. September.

Stromersparnis?

Nun ist die Umstellung auf Sommerzeit keineswegs eine Erfindung jüngeren Datums. Deutschland und einige andere Länder kannten sie bereits im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Man wollte eine längere Ausnutzung des Tageslichtes erreichen und Strom sparen.

Wie weitgehend die Ersparnis wirklich ist, war von jeher umstritten. Nachdem die französische Regierung im Herbst 1975 beschlossen hatte, im Alleingang – also ohne Absprache mit den EG-Partnern und anderen Nachbarländern wie der Schweiz – ab 1976 für Frankreich die Sommerzeit einzuführen, rechneten Experten den Pariser Politikern vor, dass dadurch höchstens 1 % des gesamten nationalen Stromverbrauches eingespart würde.

In der Bundesrepublik Deutschland, die zusammen mit Dänemark in diesem Jahr einer EG-Sommerzeit noch Widerstand entgegensetzt, wiesen Fachleute auf den Unterschied der Verhältnisse im Zweiten Weltkrieg und heute hin. Damals betrug der Anteil der privaten Stromentnahme am Gesamtverbrauch noch 25 bis 30 %. Heute aber sind es weniger als 10 %.

Unliebsame Überraschung

In ganz Europa wird das Sommerzeit-Wirrwarr dem ahnungslosen Reisenden manche unliebsame Überraschung bescheren. Eisenbahnzüge zum Beispiel, die an Grenzstationen eine Stunde festliegen. Oder verzögerte Zollabfertigung für Autofahrer an Grenzübergängen ohne durchgehenden Betrieb. Und besonders betroffen sind Hunderttausende von Grenzgängern, die in dem einen Lande wohnen und in dem andern arbeiten.

Schweren Herzens hat sich deshalb die deutsche Bundesregierung kürzlich entschlossen, dem Bonner Bundestag für 1978 eine Anpassung an die in den meisten EG-Staaten dann geltende einheitliche Sommerzeit-Regelung für die Periode vom 2. April bis 15. Oktober vorzuschlagen. *Beat Ruckstuhl, Brüssel*

«Berner Nachrichten», Münsingen, 16. März 1977

(Eine Berechnung über die möglichen Auswirkungen der Einführung der Sommerzeit auf den Energieverbrauch der Schweiz wird im Bulletin SEV/VSE 11/1977 veröffentlicht. Red.)

Ist der Erdölschock schon vergessen?

-tt- Die drastische Erhöhung der Erdölpreise durch die Opec-Länder vor vier Jahren löste in allen auf Erdölimport angewiesenen Ländern einen starken, jedoch offenbar nicht nachhaltigen Schock aus. Die *Alternativen* auf dem Gebiet der Motortreibstoffe werden zwar eifrig diskutiert, aber eine in nächster Zukunft realisierbare Lösung zeichnet sich bis heute noch nicht einmal als ernst zu nehmender Vorschlag ab.

Die Notwendigkeit, den Benzinverbrauch zu senken, ist zwar an sich anerkannt, aber die von der Industrie vorgeschlagenen Sparmodelle mit gedrosselten oder kleineren Motoren haben keinen grossen Anklang gefunden, denn der Autofahrer verzichtet höchst ungern auf Motorleistung. Da sich sonst keine weiteren Möglichkeiten zu nennenswerten Benzineinsparungen bieten, bleiben noch die mancherorts verhängten Geschwindigkeitsbeschränkungen, denen aber eher Sicherheitsüberlegungen zu Gevatter gestanden sind als die Notwendigkeit, Benzin zu sparen.

Einen immerhin beträchtlichen Sparbeitrag kann aber auch die *persönliche Fahrweise* leisten, weil eine vernünftige Betätigung des Gaspedals einen Minderverbrauch von 10 Prozent und darüber bringen kann. Beobachtungen im Strassenverkehr lassen aber keinen Schluss zu, ob heute sparsamer gefahren wird als früher; Beobachtungen an den Tankstellen dagegen lassen erkennen, dass viele Fahrer sich kaum Notizen über ihren Benzinverbrauch machen. Offenbar ist er ihnen gleichgültig. Man tankt und zahlt – wenn auch mit Seufzen. Der Schock der Erdölkrise ist überwunden, obwohl die Tatsache bleibt, dass die meisten Länder Europas fast jeden Tropfen an flüssigen Treibstoffen importieren müssen. Lediglich England und Norwegen nehmen eine Sonderstellung ein.

Grenzen des Ottomotors

Die Automobilfabriken können zum Problem des Benzinsparens nur wenig beitragen. Der *bescheidene Wirkungsgrad* des Ottomotors ist in engen Grenzen physikalisch gegeben und wird durch Massnahmen zur Erfüllung der Vorschriften über die Senkung der Schadstoffanteile in den Abgasen nur noch weiter verschlechtert. Die USA verzeichneten im vergangenen Jahr eine Zunahme des Benzinverbrauchs um etwa 20 %, die allein den Massnahmen zur Schadstoffbeseitigung zugeschrieben wird. Auf der andern Seite könnte sich in den USA auch wieder eine beträchtliche Verbrauchssenkung ergeben, weil einige neue Modelle um bis zu 450 kg *leichter* geworden sind, weil grosse Motoren mit einem Hubraum über 6,9 l *nicht mehr geliefert* werden und weil die Zusammensetzung des Bestandes an Personenwagen sich deutlich in Richtung zu kleineren Modellen verschiebt. So wird bis 1980 bei den grossen Wagen eine Verminderung des Anteils von 27 auf 10 % erwartet und bei den kleinen eine Zunahme von 28 auf 40 %.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die *Auflage,* die der amerikanischen Automobilindustrie bezüglich des Benzinverbrauchs gemacht worden ist. Als Vergleichsmass dient der Durchschnittsverbrauch *aller verkauften Modelle* der einzelnen Unternehmen. Der für das nächste Jahr gültige Grenzwert von 13,07 l/100 km muss in den beiden folgenden Jahren auf 12,38 und 11,76 l/100 km gesenkt werden, bis 1985 sogar auf 8,55 l/100 km, was nur noch 65 % des Grenzwertes von 1978 entspricht. Eine heikle Aufgabe für die Entwicklungsabteilungen!

Sonderstellung Europas

Europa ist in dieser Hinsicht viel schlechter dran. Erstens sind seine eigenen Erdölquellen für den ganzen Kontinent nur von geringer Bedeutung, und zweitens stellen die Mehrzahl der europäischen Personenwagentypen in bezug auf Treibstoffverbrauch *schon heute* optimale Lösungen dar. Eine Gewichtsreduktion kommt praktisch schon aus Sicherheitsgründen nicht mehr in Frage. Höchstens eine Umstellung auf noch kleinere Typen wäre denkbar. Am Motor selbst ist grundsätzlich wenig mehr zu verbessern, dies um so weniger, als der Ausweg zu höheren Verdichtungsverhältnissen durch die Abgasbestimmungen verbaut ist. Die vorgeschlagene weitere Senkung der Beimischungsgrenze für das Antiklopfmittel Bleitetraäthyl kompliziert die Situation noch mehr. Die Benzineinspritzung kann eine Senkung um etwa 10 % bringen, jedoch sind solche Anlagen für Wagen der unteren Preisklasse noch zu teuer.

Die Erwartung, durch Verwendung *kleinerer Motoren* in den bestehenden Modellen Benzin sparen zu können, erfüllt sich nicht unbedingt, wenn eine bestimmte Transportleistung verlangt wird, denn ein grösserer, auf eine reduzierte Leistung ausgelegter Motor kann auf die Dauer wirtschaftlicher sein als ein forcierter kleiner Motor. Wenn die europäischen Nationen sich endlich auf eine vernünftigere *Besteuerung* des Automobils einigen würden, könnte dies den Anstoss zu einer neuen, allseitig befriedigenden

Lösung bilden. Extreme, durch den Zwang zum Sparen diktierte Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen, wie zum Beispiel in den USA auf 88 km/h und in Spanien auf 80 km/h, können jedenfalls nicht das *Endziel* einer technisch sinnvollen Entwicklung sein. *«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 17. März 1977*

Wie sicher sind Kernkraftwerke?

Mi- Auf Einladung des Schweizerischen Technischen Verbandes (STV), Vereinigung von Ingenieuren und Architekten, Sektion Berner Oberland, referierte letzten Montag im Buffet Thun der Direktor des Kernkraftwerkes Mühleberg, Herr Dr. H. R. Lutz, über die aktuelle Situation der Kernkraftwerke der Schweiz. Der neu amtierende Präsident, Louis Mischler, wartete mit verschiedenen neutralen, objektiven und tendenziös gefärbten Zeitungsausschnitten der letzten 2–3 Wochen auf, um einleitend die ganze Problematik rund um die Kernenergie aufzuzeigen. Der Referent verstand es ausgezeichnet, aus dem «Stegreif» die aufgeworfenen Probleme auseinanderzunehmen und sachlich zu ordnen, wobei vorerst die Energie-Bedürfnisfrage der Schweiz und auf der Welt tangiert wurde. Die meisten Bürger sind sich klar darüber, dass der Energieverbrauch – wenn auch verlangsamt – auch in Zukunft steigen wird. Man denke nur an den enormen Nachholbedarf in den unterentwickelten Staaten und Ländern. Man ist sich auch einig darüber, dass die «fossilen Brennstoffe» wie Kohle, Öl und Erdgas früher oder später zur Neige gehen werden und man diese für die Herstellung lebenswichtiger Stoffe reservieren sollte, statt sie zu «verbrennen», d. h. diese hochwertigen Stoffe in Rauch aufgehen zu lassen für Heizzwecke.

Aus diesem Grunde kann die Kernenergie sich vorerst als Retter in der Not erweisen, zumal die Kernbrennstoffe wie Uran, Plutonium usw. nur einseitig Verwendung finden gegenüber der grossen Mannigfaltigkeit in der Anwendung der fossilen Brennstoffe. Zudem ist die Energieausbeute der Kernbrennstoffe sehr viel grösser als bei den konventionellen Brennstoffen. 1 Gramm Uran (aufbereitet) liefert ca. die gleiche Wärmemenge wie 2,3 Tonnen Kohle!

Oder anders ausgedrückt: 1/2 Gramm Uran ergibt ungefähr die gleiche Energie wie 1 Tonne Öl!! Ausserdem ist die Schweiz von der Einfuhr des Urans unabhängiger als z. B. von Öl. Eine sog. «berühmte» Frage war: Wieviel kostet die Kernenergie verglichen mit der gleichen Menge Sonnenenergie? Das Verhältnis Kern-/Sonnenenergie liegt etwa bei 4 Rp./23 Rp. Uran ist etwa 10mal billiger als das Erdöl.

Der Gemeinderatspräsident von Mühleberg, Dr. med. vet. J. Weis, konnte seinerzeit berichten, «dass nach langjähriger praktischer Erfahrung das Zusammenleben mit dem Werk problemlos ist». In diesem Zusammenhang sei auf die Schaufensterausstellung der UNI Bern bei Loeb und Schaufelberger in Thun hingewiesen.

Der Schutz der Bevölkerung,

des Werkpersonals und der Anlagen von Kernkraftwerken in der Schweiz wird durch umfangreiche Massnahmen nach dem sog. «Zwiebelschalen-Prinzip» sichergestellt. Bevor sich bestimmte Betriebswerte unzulässigen Grenzen nähern, wird der Reaktor automatisch durch gleichzeitiges Einschiessen aller Regelstäbe abgeschaltet. Dieser Reaktorschnellschluss wird unter anderem von folgenden Messgrössen ausgelöst: hoher Druck im Reaktorgefäss, hoher Druck im Sicherheitsbehälter usw. Jede dieser Messgrössen wird wenigstens *viermal* unabhängig gemessen! Weitere Sicherheiten wie Notkühlung, Kernsprühung, Spezial-Kühlwassereinspeisung aus einem Wasserhochbecken (ohne Hilfsenergie) ist in jedem Falle eine Notkühlung des «CORES» sichergestellt. Die berühmte Frage, wie gross ein Risiko ist, kann nur von Experten beurteilt werden, während sich die Frage, ob ein bestimmtes Risiko im Vergleich zu anderen Risiken tragbar ist, nur *auf politischer Ebene* entscheiden lässt. Bei der Kontroverse über Art und Ausmass von Risiken ist man vor die Frage gestellt, welchen Experten sie *vertrauen* wollen. Verglichen mit den Risiken von Naturkatastrophen (Erdbeben, Stürmen), Verkehrsunfällen usw. steht das Risiko der radioaktiven Strahlung durch Kernkraftwerke in ganz bescheidenem Masse ganz weit entfernt, wie Dr. Lutz anhand verschiedener Statistiken aufgezeigt hat. Der Mensch hat seit jeher mit zivilisatorischen Risiken gelebt: Urmenschen standen der Gefahr der Raubtiere gegenüber usw. Ein Mensch, der ohne Risiko leben will, ist kein Lebewesen mehr!

Louis Mischler

Leserbrief aus «Berner Oberländer», Spiez, 19. März 1977

Genève gagne au TF
Les cantons ont aussi leur mot à dire

Le Tribunal fédéral a accepté, une plainte de droit public émanant du canton de Genève et dirigée contre la Confédération. Le canton avait fait valoir que la Confédération avait empiété sur le domaine réservé au canton lorsqu'elle autorisa le choix de Verbois comme site d'une future centrale nucléaire. Le Département des transports et communications et de l'énergie avait laissé entendre que, le choix du site ayant été fait par la Confédération, le canton n'était plus en mesure de décider souverainement s'il fallait déclarer ce site – qui se trouve actuellement en zone agricole – comme zone industrielle.

En plus, le Département fédéral avait prétendu que le canton ne pouvait plus décider l'octroi d'une concession d'eau de refroidissement puisable dans le Rhône.

Le Tribunal fédéral a estimé que le droit fédéral n'a pas chargé la Confédération de faire des centrales nucléaires un service public. La tâche de la Confédération se limite actuellement à veiller à la sécurité de telles installations. Elle vérifie les sites prévus sous cet angle. La question de l'aménagement du territoire local échappe à l'appréciation fédérale, la compétence de la Confédération en cette matière se limitant à légiférer sur les principes, et à créer des lois-cadres. Les autorités cantonales ou locales décident donc, sous l'angle de l'aménagement du territoire, de manière souveraine, de l'affectation d'un certain site. De même, la souveraineté cantonale en matière d'octroi de concession d'eau reste intacte.

Certes, le Tribunal fédéral s'est rendu compte qu'un refus cantonal pourrait, en vérité, dissimuler derrière un motif objectif un véto politique ou un refus motivé par des considérations de sécurité qui, eux, relèvent de la seule compétence fédérale. Dans un cas pareil, les maîtres de l'œuvre à construire pourraient recourir au Tribunal fédéral en faisant valoir que le canton est arbitrairement sorti de ses propres compétences. L'opinion des juges fédéraux est pourtant restée partagée là où il s'agissait de s'imaginer si dans un pareil cas le Tribunal fédéral serait à même de déceler les vrais motifs d'un refus cantonal. Dans le cas de Genève, un transfert du site de Verbois en zone industrielle exigerait une modification d'une loi. Cela incomberait au Grand Conseil et, en cas de référendum, au peuple, dont les motifs ne sont pas toujours sondables. *(ats)*

«24 Heures», Lausanne, le 24 mars 1977

Aucune menace sur le programme

La décision du Tribunal fédéral n'aura pas de conséquences juridiques, au moins pour le moment, sur la réalisation du programme nucléaire de la Confédération. En effet, le cas de Genève est unique. Dans les cantons de Soleure, de Berne et d'Argovie, où les autorités fédérales ont délivré les autres «autorisations de site», l'aménagement d'une zone industrielle est du ressort des communes, qui se sont toutes prononcées favorablement. Aucun projet, aucun chantier, aucune centrale en activité (soit Mühleberg et Beznau) ne se trouve donc remis en cause.

Pratiquement, de plus, il semble que la construction d'une centrale à Verbois, ou dans l'ouest de la Suisse, n'est pas proche. Berne et les producteurs d'électricité sont convenus, en effet, de réaliser d'abord Däniken et Leibstadt (actuellement en construction), Kaiseraugst et enfin Graben avant de songer à la région de Genève. *«24 Heures», Lausanne, le 24 mars 1977*

Schwarze Absichten

Fast keinen guten Faden lässt die Schweizerische Energiestiftung (SES) am Zwischenbericht über eine eidgenössische Gesamtenergiekonzeption. Doch das liegt wohl weniger am GEK-Dokument als vielmehr an der leider nicht öffentlich erklärten Schussrichtung der SES-Leute.

Die Energiestiftung, ein bis anhin nicht sonderlich hervorgetretenes Gremium, wurde am 2. November letzten Jahres in Zürich gegründet, um «alle Kräfte in der Schweiz zu sammeln und zu koordinieren, die der offiziellen Energiepolitik konstruktiv-kritisch gegenüberstehen». Das klingt nicht allzu schlecht. Zu den erklärten Zielen der SES gehören die «Forderung alternativer Energieträger, eine dezentralisierte Energieversorgung und das Aufzeigen von Mitteln und Wegen einer effizienten Energiegewinnung und einer sparsamen Energieverwendung». Auch dagegen ist wenig zu sagen.

Nur: So lauter, wie sie dargestellt werden, scheinen die Absichten dieser «Stiftung» nun doch nicht zu sein. Prof. Dr. Theo Ginsburg (Zürich), der wissenschaftliche Prestigemann der SES, musste unlängst zugeben, dass die Energiepolitikkritiker mit einem namhaften Beitrag von der deutschen Ruhr- und Saarkohle AG unterstützt werden; dies gab der Pressedienst der Schweizerischen Volkspartei (SVP) bekannt. Aus der gleichen Kasse wird auch die Postfachaktion «Pro Kohle» in Basel finanziert. Diese Propagandastelle startete zum Jahresanfang eine gesamtschweizerische Inseratenkampagne für die Ruhrkohle und trat auch gegen die Atomenergie auf.

Präsident der SES ist der St.-Galler Landesring-Nationalrat Dr. Franz Jäger, das Sekretariat wird beim Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüschlikon (ZH) geführt. Es hätte dem Volksvertreter Jäger und seinen Mitarbeitern eigentlich recht gut angestanden, nicht nur deklamatorische Phrasen über «staatsbürgerliche Mitverantwortung für eine lebenswerte und umweltgerechte Zukunft zugunsten kommender Generationen» zu dreschen, sondern der Öffentlichkeit wirklich reinen Wein einzuschenken: Es geht den SES-Förderern darum, Kohle zu verkaufen – auf keinen Fall weniger als bisher, lieber noch mehr.

Eigentlich schade, dass an sich legitime Geschäftsinteressen so dürftig hinter einer «Stiftung» versteckt werden, deren Glaubwürdigkeit damit völlig zerstört wird. Es ist eben doch ein Unterschied, ob man die Energiepolitik aus rein sachpolitischen Beweggründen «konstruktiv-kritisch» unter die Lupe nimmt oder ob man das im Dienste von Direktinteressierten macht. In diesem Lichte wird denn auch das Bekenntnis der «Energiestiftung» zu einem vierjährigen Bau- und Bewilligungsstopp für Atomkraftwerke bestens verständlich: Wer vom Kohleverkauf lebt, kann Kernenergie nicht befürworten – das verbietet wohl schon der Selbsterhaltungstrieb. *Peter Amstutz*

«Berner Tagblatt», Bern, 19. Februar 1977

Ritschard: «Weisse Neger?»

plb. Energie – Energieträger – Atomkraftwerke: um diese drei Stichworte kreiste eine Rede von Bundesrat Willi Ritschard im Winterthurer Volkshaus. Was den Atommüll angeht, ist es dem Energieminister nicht ganz geheuer, doch sieht er sich einer Reihe von Sachzwängen gegenüber. Zwar sprach er die Forderung nie aus, doch indirekt waren seine Ausführungen ein Plädoyer für Atomkraftwerke.

Nach einem bodenständigen Eröffnungskonzert der Verkehrspersonalmusik präsentierte sich ein ebenso bodenständiger Willi Ritschard. In gewohnt ausdrucksstarker Manier, sich ständig den Schweiss von der Stirn wischend, sprach Ritschard zu einem der heute wohl brennendsten Probleme: Energiepolitik und Atomkraftwerke. Dass es hier nicht allein um wirtschaftliche, sondern ebensosehr um politische Fragen geht, kam deutlich zum Ausdruck.

«Was ist das Energieproblem?», fragte Ritschard und wies darauf hin, dass jeder darunter etwas anderes verstehe. Während die internationale Energie-Agentur die Frage mit den schwindenden Ölreserven in Verbindung bringt, denke der Mann von der Strasse in erster Linie an Elektrizität und damit an Atomkraftwerke.

Ritschard geht davon aus, dass wir heute zu 75 Prozent vom Erdöl als Energieträger abhängig sind. Gemäss Untersuchungen von ETH-Professor Alemann reichen die Reserven im günstigsten Fall noch 50 Jahre. Deshalb gelte als Ziel der Energiepolitik, so schnell als möglich aus dieser einseitigen Abhängigkeit herauszukommen. «Wir können uns nicht zu drei Viertel auf eine Quelle verlassen, die am Versiegen ist.»

Lösungsmöglichkeiten sieht der Energieminister in zwei Richtungen. Einerseits sei es dringend notwendig, neue Energieträger zu finden, und andererseits müsste mit der vorhandenen Energie haushälterischer umgegangen werden. Dies sei als «Erziehungsaufgabe» zu verstehen. Als Alternativträger bieten sich Elektrizität, Erdgas, Kohle und die Sonne an. Gerade die Nutzung von Sonnenenergie werde momentan eingehend geprüft, doch: «Vorläufig können wir damit nur warmes Wasser machen.» Auch allfällige Sonnenkraftwerke in der Wüste habe man noch nicht im Griff, ganz zu schweigen von den eventuellen ökologisch unerwünschten Auswirkungen der grossflächigen Sonnenkollektoren auf die Sahara. «Vielleicht werden dann die Neger weiss.»

Ritschard beschwörte die Zuhörer: «Wir können nicht einfach auf die Zukunft hoffen.» Es gelte, die Gegenwart zu bewältigen, und da ständen nun einmal nur Atomkraftwerke zur Verfügung. Von den rund 500 Werken, die heute auf der ganzen Welt entweder im Bau oder schon in Betrieb sind, glaubt Ritschard, dass die Technik von den Fachleuten beherrscht wird. Und selbst in bezug auf den Atommüll sei ihm gesagt worden: «Das Abfallproblem ist lösbar.» Dennoch soll im neuen Atomgesetz die Kompetenz zur Bewilligung von A-Werken vom Energieminister aufs Parlament übertragen werden.

So oder so müsse aber auch die ganz grundsätzliche Frage nach dem wirtschaftlichen Wachstum, beziehungsweise nach dessen Grenzen gestellt werden. Allerdings relativierte Ritschard: «Wir sind auf Gedeih und Verderben mit dem grösseren Rest der Welt verbunden.» Auch hätten wir insbesondere der Dritten Welt gegenüber eine Verpflichtung, so dass wir uns nicht einfach «einmotten» könnten. Grundsätzlich aber forderte er bei uns mehr Öffentlichkeit, was Energiefragen betrifft, und stellte anklagend fest: «Bei der Energiefrage fehlt es in unserem Volk an Offenheit.» *«Thurgauer Zeitung», Frauenfeld, 5. April 1977*

Economiser l'énergie: initiative lancée

L'initiative pour des mesures d'économie d'énergie, dont notre journal a déjà analysé le contenu, est lancée. Le dépôt de la demande a été fait hier. Les auteurs de cette initiative ont, dès lors, jusqu'au 14 juillet pour recueillir dans le canton les 12 000 signatures exigées par la loi.

Dès samedi, dans différentes localités du canton, la récolte sera systématiquement organisée. Comme cela a été précisé au cours d'une conférence de presse, le comité d'initiative ne pense pas que, dans le domaine énergétique, la solution des autorités soit la meilleure. Ne comptant pas sur des efforts de persuasion pour combattre le gaspillage, il demande l'intervention de l'Etat.

Aussi l'initiative lancée par le Groupement pour la protection de l'environnement et soutenue par diverses organisations demande-t-elle l'élaboration de dispositions légales et réglementaires utiles à la prévention du gaspillage de l'énergie. Ces dispositions devraient tendre à améliorer l'isolation thermique dans les nouveaux immeubles, à recourir à l'énergie solaire et à des énergies non polluantes, à soumettre l'installation des appareils de conditionnement d'air à une autorisation, à diminuer la consommation d'énergie dans les transports et dans les activités administratives. *«24 Heures», Lausanne, 15 avril 1977*

Bohrungen für Atommüll-Deponie

TW. Mit den Sondierbohrungen für Atommüll-Deponien kann grundsätzlich begonnen werden, wenn eine rechtskräftige Bewilligung vorliegt und die darin enthaltenen Bedingungen und Auflagen erfüllt sind. Dazu ist noch die Zustimmung der betroffenen Grundeigentümer erforderlich. Wann dies der Fall sein wird, ist jedoch noch offen: Wie der Regierungsrat des Kantons Bern auf eine grossrätliche Anfrage mitteilt, besteht für die Errichtung von Atommüll-Deponien im Kanton Bern «noch kein Fahrplan».

Die Frist zur Vernehmlassung des NAGRA-Gesuches um Durchführung von Sondierbohrungen im Gebiet von Stüblenen (Gemeinden Lenk und Lauenen) wurde vom Eidgenössischen Amt für Energiewirtschaft Ende 1976 auf unbestimmte Zeit verlängert. Für die Erstellung eines hiezu erforderlichen hydrologi-

schen Gutachtens wird gemäss Auskunft des Regierungsrates mit drei Jahren gerechnet, wobei die Ergebnisse dieses Gutachtens auf jeden Fall der Bevölkerung bekanntgegeben werden sollen.

In seiner Antwort auf den parlamentarischen Vorstoss führt der Regierungsrat abschliessend aus, dass die Regierungen der fünf Kantone, in deren Gebiet Sondierungsgesuche hängig sind, koordiniert vorgehen und hiezu eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben. *«Berner Tagwacht», Bern, 7. April 1977*

Pfefferkorn

Die «Bürgerinitiative Basel», die sich bekanntlich zum Ziel gesetzt hat, den Bau des Kernkraftwerkes Kaiseraugst zu verhindern, forderte nun auch die Schliessung des Informationszentrums auf dem Kraftwerkgelände und drohte, eigene Führungen in dem «Lügenpavillon» durchzuführen. – Nach den Vorkommnissen bei den deutschen Atomkraftdemonstrationen wird man bei uns besonders genau auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze achten müssen. Offensichtlich sind gewissen Leuten die begreiflichen Bedenken gegen die Energiegewinnung aus Atomreaktionen nichts weiter als Mittel zum politischen Zweck!

«Wir Brückenbauer», Zürich, 1. April 1977

Ostermarsch verschoben

Der von Kernkraftwerkgegnern angekündigte Ostermarsch von Kaiseraugst über Leibstadt-Wabrig nach Gösgen ist auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. In seiner Antwort auf eine Dringliche Einfache Anfrage des Zürcher CVP-Nationalrats Eisenring schreibt der Bundesrat weiter, für den Fall einer Grossaktion oder anderer Veranstaltungen, welche die Gefahr von Ausschreitungen in sich bergen, würden seitens der betroffenen Kantone und – soweit erforderlich – des Bundes «alle gesetzlich vorgesehenen Massnahmen getroffen, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten sowie Personen und Sachwerte vor schädigenden Angriffen zu schützen».

Die Bundespolizei als Polizeidienst der Bundesanwaltschaft stehe in ständigem Kontakt mit den zuständigen kantonalen Behörden und verfolge sämtliche Aktionen im Gebiet von Kaiseraugst aufmerksam, heisst es weiter. Die Verantwortlichen des geplanten und nun verschobenen Ostermarsches seien der Bundesanwaltschaft und den zuständigen Behörden der Kantone Aargau und Baselland bekannt. «Über die gewonnenen Erkenntnisse und die daraus sich ergebenden Lagebeurteilungen wird der Bundesrat auf dem laufenden gehalten oder, wenn ein besonderer Anlass es erfordert, sofort unterrichtet», betont die Landesregierung. *«Oltner Tagblatt», Olten, 9. April 1977*

Kaiseraugst: Reprise du procès

Le Tribunal cantonal demande un jugement

Le Tribunal cantonal argovien a annulé la décision prise par le Tribunal de district de Rheinfelden, le 24 janvier, de suspendre provisoirement la procédure pénale contre les occupants de la centrale nucléaire de Kaiseraugst. Le Tribunal de district a été mandaté de juger matériellement la plainte du procureur du canton. La Cour suprême du canton a prononcé ce jugement le 24 mars dernier et vient seulement de la transmettre.

Le Tribunal du district de Rheinfelden avait décidé de suspendre la procédure pénale engagée contre les cinq accusés qui avaient été désignés comme étant les instigateurs de l'occupation.

Dès la première séance, il avait été évident que le tribunal ne savait pas de quelle façon s'attaquer à ce problème très ambigu: les cinq accusés n'avaient pas participé à la construction des baraques, ce n'est pas eux qu'on voyait en permanence à Kaiseraugst, ce n'était pas eux les occupants professionnels du chantier. Ils assumaient certes une responsabilité morale. Mais d'autres aussi, autant qu'eux: on aurait pu en faire comparaître vingt, cinquante, cent, davantage même.

Dans sa majorité, le Tribunal de Rheinfelden a donc été conscient qu'il n'était pas logique d'en condamner cinq. Voilà pourquoi il a suspendu la procédure. Ce qui revenait à dire: on ne peut pas juger l'affaire de cette manière.

Mais le premier procureur du canton d'Argovie a recouru contre cette décision qui n'en était pas une du point de vue juridique auprès du Tribunal cantonal. La Cour suprême a accepté son recours. Elle demande donc au Tribunal de Rheinfelden de prononcer un réel jugement, c'est-à-dire de condamner ou d'acquitter, mais de ne pas laisser l'affaire en suspens jusqu'à ce qu'on n'y pense plus. Il exige que justice soit rendue. *Guy Curdy*

«24 Heures», Lausanne, 15 avril 1977

Noch nicht soweit

In Deutschland ist durch die Vorkommnisse in Wyhl und Brokdorf auch einiges über den Charakter der Kernkraftwerkgegner offenbar geworden, was zu denken geben sollte: nämlich die zwar heftig bestrittene, aber immer deutlicher werdende Verfilzung mit Linksextremisten aller Art (denen die Probleme der Kernenergie herzlich gleichgültig sind), die Unmöglichkeit, mit ihnen Abkommen zu treffen, sowie die breite Sympathie, die ihnen überall entgegenschlägt und den Politikern – den nächsten Wahltermin fest im Auge – Angst macht.

Dem Aufruf der «Bürgerinitiative Basel» (BI), die eigene Führungen im Informationszentrum der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG für das Wochenende vom 20. und 21. März 1977 angekündigt hatte, folgten nur etwa 100 Personen, die vermutlich nichts Besseres zu tun wussten. An «normalen» Wochenenden wird der Pavillon von 300 bis 400 Personen besucht. Zudem gab die BI in ihrem Aufruf nicht bekannt, dass sie für solche Führungen keine Bewilligung eingeholt hat, und weiter verlangte sie, nach der Abweisung, die Schliessung des Pavillons, weil die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG statt dessen mehrere Mitglieder der technischen Projektleitung zur Verfügung stellte, um die einzelnen Besuchergruppen zu betreuen.

Der verglichen mit anderen Wochenenden schwache Aufmarsch zeigt uns, dass der Bürger hierzulande sich nicht dazu hergibt, sich durch radikale Minderheiten verführen zu lassen. Möge es so bleiben! *K. S., Burgdorf*

Leserbrief aus «Berner Tagwacht», Bern, 17. April 1977

Umweltschutz in Grenzgebieten

b. Eine deutsch-schweizerische Kommission hat Empfehlungen zu den Energieplanungen in gemeinsamen Grenzräumen beschlossen. Die deutsche Bundesregierung beabsichtigt, ein Abkommen über gegenseitige Beteiligung bei der Ansiedlung von Kernkraftwerkanlagen abzuschliessen. In der Antwort aus Bonn zu einem parlamentarischen Vorstoss heisst es, da die Schweiz ein den Euratomvorschriften entsprechendes Strahlenschutzrecht erarbeite, sei eine Rechtsvereinheitlichung bereits erreicht. Zwischen den Zeilen dieser Stellungnahme ist wohl herauszulesen, dass Bonn nicht die Absicht hat, gegen den Bau des Kernkraftwerkes Leibstadt in Bern Schritte zu unternehmen.

Im Zusammenhang mit Entschliessungen der SP und der CDU Waldshut gegen den Bau des Kernkraftwerkes Leibstadt hatte der Waldshuter CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Norbert Nothhelfer die Bundesregierung in Bonn angefragt, ob sie die Grenzbevölkerung, insbesondere am Hochrhein, gegen immissionsträchtige Anlagen in der engsten Schweizer Nachbarschaft für genügend geschützt halte und ob sie allenfalls Verbesserungen des Schutzes anstrebe.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 18. April 1977